

Eine neue Sicherheitspolitik für Osteuropa?

Ein analytischer Bericht

Von Dr. Falk Bomsdorf

Charkiv, Kramatorsk, Slovjansk – Ukraine 2017



A New Security Policy for Eastern Europe?

NATO and the Different Perspectives in Security Demands in Eastern Europe

Hybrid Warfare and Propaganda

The Cyber War and Its Challenges

Future
of
Freedom

Annual Consultation for East and Southeast Europe

Organized by

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

Ein analytischer Bericht

Januar 2018

Der Hintergrund: Osteuropa in Europa

Die Zukunft der Europäer entscheidet sich nicht im eher kleinlichen Streit um Regelungen, die so häufig Brüssel beschäftigen. Sie entscheidet sich – dafür spricht vieles - im Osten des Kontinents, in der Großregion, die landläufig Osteuropa genannt wird. Von dort kann die Europäische Union wesentliche Impulse erhalten, kann ihre raison d'être Bestätigung finden; dort kann sie aber auch scheitern, wenn der Wert der liberalen Demokratie in dieser Region auf Dauer nicht angenommen, auf Dauer nicht gelebt werden sollte.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges war es das liberale Modell, dem sich die Staaten in Osteuropa zuwandten. Sie strebten nach „Europa“, in die Europäische Union, in den Westen als ihre „natürliche Heimat“, wollten „normale Staaten“ werden, mit ihrer Bürgerlichkeit und ihrem auf wirtschaftlichem Erfolg beruhenden Wohlstand. Diesem Ziel ist man in Grenzen nahegekommen; doch gleichzeitig ist das Ideal allmählich schwächer geworden. Die Verpflichtung zur Übernahme europäischer Normen und Institutionen wird von vielen Osteuropäern immer mehr als Druck empfunden; die daraus folgende und weiter zunehmende Skepsis oder gar Ablehnung des europäischen Projektes stützt heute eine neue Generation politischer Führer in ihren Vorstellungen einer gegen „Brüssel“ gerichteten nationalen Identität.

Um den Gefahren des Illiberalismus zu begegnen und insbesondere ein Abgleiten in den Autoritarismus zu verhindern, hat das Regionalbüro Ost- und Südosteuropa der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Sofia im Jahr 2015 ein neues Format geschaffen: jährliche Konsultationen zur „Zukunft der Freiheit“ (Annual Consultations on the „Future of Freedom“). Vertreter von Partnerorganisationen der Stiftung sowie von Think Tanks, NGOs und politischen Parteien aus der Region und darüber hinaus diskutieren auf diesen Treffen über relevante Themen und insbesondere über die Aufgaben, die sich den Liberalen in den einzelnen Ländern stellen. Übergeordnetes Ziel ist Prävention: Gründe und Auswirkungen illiberaler Trends sollen analysiert und, darauf aufbauend, Strategien zur Verteidigung von Freiheit und offener Gesellschaft entwickelt werden. Die Konsultationen werden jeweils in Ländern und an Orten durchgeführt, die zu der gewählten Thematik eine spezifische Beziehung haben. Das erste Treffen hat 2015 in Istanbul stattgefunden; dort wurde erörtert, wie man der wachsenden Gefährdung der freien Gesellschaften durch den Autoritarismus begegnen kann. Das nächste Treffen in diesem Format sah 2016 Bukarest; dabei ging es darum, Europa angesichts der sich abzeichnenden Brüchigkeit des europäischen Traumes Festigkeit zurückzugeben.

2017 nun stand die Sicherheit Osteuropas im Mittelpunkt der Konsultationen – ebenfalls aus gegebenem Anlass; denn es wird Krieg geführt in der Region. Als Ort war Charkiv im Osten der Ukraine gewählt worden und damit das Land, in dem das Thema Sicherheit gegenwärtig eine besondere Rolle spielt. Die Konsultationen waren, dem Format entsprechend, umfassend und, wie oft bei Veranstaltungen der „Stiftung für die Freiheit“, als Hybrid angelegt: Sie vereinten Elemente unterschiedlicher Organisationsformen - Seminar, Konferenz, Expertentagung, Paneldiskussion, Gesprächsforum, Politikberatung, Exkursion. Mit dieser Ausrichtung wurde dem übergeordneten Ziel – gemeinsames Lernen – entsprochen. Diesem Ziel dienten auch begleitend eingesetzte interaktive Komponenten (world cafe, speed dating); sie ermöglichten den Teilnehmern, Zusammenhänge zu erkennen; darüber hinaus gewährleisteten sie ein Maximum von Kommunikation und aktivem Engagement. Auf diese Weise wurden auch die informellen Gespräche am Rande des Programms befördert, in denen die Teilnehmer im kleinen Kreis die Fragen vertiefend diskutieren konnten, die in

den verschiedenen Konsultationsforen eher angerissen oder bewusst dem vertraulichen Austausch vorbehalten wurden.

Der Stiftung kam es mit dem Treffen von Charkiv auch darauf an, diejenigen einzubeziehen, die unmittelbar in der Materie engagiert sind, nämlich der Sicherheit der Ukraine, um die es auch und vor allem ging. Dementsprechend nahmen hochrangige Vertreter des ukrainischen sicherheitspolitischen Establishments an dem Treffen teil; darüber hinaus gingen die Teilnehmer, dem Thema Sicherheit entsprechend, auf Exkursion: nach Kramatorsk und Slovjansk, zwei Schlüsselorten, die unweit der Front in dem Krieg gelegen sind, den der Kreml in der Ukraine gegen die Ukraine führt. An den Konsultationen in Charkiv nahmen Vertreter aus 15 osteuropäischen Staaten teil, sämtlich, als Militärs oder Politiker, als Beamte oder Angehörige von NGOs oder gar als ehemalige Verteidigungsminister, unmittelbar oder mittelbar mit Sicherheitspolitik befasst. Hinzu kamen Vertreter aus Deutschland und der ALDE, der Allianz der Liberalen und Demokraten im Europaparlament, die in Charkiv durch einen dänischen Politiker repräsentiert wurde.

Sie alle waren gekommen, um sich zu einem wesentlichen Thema auszutauschen: die Sicherheit Osteuropas und damit die Sicherheit Europas insgesamt. Wo ist sie bedroht, auf welchem Felde liegen die Gefahren? Wie kann ihnen begegnet werden? Und welchem Sicherheitsbegriff soll man den Vorzug geben - einem engen, auf den militärischen, also verteidigungspolitischen Bereich beschränkten oder einem weiten, auch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Gefahren einschließenden Verständnis? Wie ernst sind die Sorgen der Osteuropäer, insbesondere derjenigen, die Verantwortung in ihren Ländern tragen, zu nehmen? Die Menschen dort, das wurde auf dem Charkiver Treffen deutlich, *machen* sich jedenfalls Sorgen, und sie sind überzeugt, Anlass dafür zu haben. Wie ihnen am besten Rechnung zu tragen und den ihnen zugrundeliegenden Gefahren zu begegnen ist, darüber wurde auf den Charkiver Konsultationen diskutiert.

Sicherheit: Die Gefahr von außen

Wie auf dem Treffen deutlich wurde, sind die Sorgen der Osteuropäer desto größer, je weiter ihre Staaten im Osten liegen. Aus diesem Grund stand bei den Charkiver Konsultationen vor allem die Macht im Mittelpunkt, mit der man seit ihrem Niedergang zu Beginn der 90er Jahre lange nicht mehr gerechnet hatte, weil man das Land auf dem Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie und damit zu guter Nachbarschaft wähnte: Russland. Schon früh – darauf wiesen Teilnehmer aus der Ukraine wie aus den Baltischen Staaten hin, die den russischen Reformen nie getraut hatten – habe es Anzeichen dafür gegeben, dass Russland erneut dazu ansetze, machtpolitisch auszugreifen: So habe Präsident Putin 2005 den Zusammenbruch der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet; die Münchner Rede des Präsidenten vom Jahr 2007 habe den Abschied des Kreml vom liberalen Modell eingeleitet; und 2008 habe sich mit dem Krieg gegen Georgien gezeigt, dass Russland den Pfad des Revisionismus betreten hatte. Wer daran noch Zweifel gehegt hatte, sah sich im Jahr 2014 widerlegt, als Russland die Krim annektierte und einen Krieg gegen die Ukraine in der Ukraine begann. Dies alles sei, so Teilnehmer an den Konsultationen, um so beunruhigender, als der Kreml den Anspruch erhebe, für ethnische Russen einzutreten, selbst wenn sie sich weit außerhalb der Grenzen Russlands befinden, und zwar auch mit dem Einsatz von Streitkräften.

Der russische Revisionismus fügt sich nahtlos in die grundsätzlich veränderte Haltung des Kreml gegenüber dem Westen ein, wie sie auch die Teilnehmer des Charkiver Treffens sahen: Der Westen wird in Moskau erneut als Gegner, ja als Feind Russlands dargestellt, der dem Land seinen ihm zukommenden Platz als Großmacht in der Weltpolitik verweigere. Russland sei – diesen Eindruck habe Vladimir Putin zielgerichtet der russischen Gesellschaft suggeriert - eine vom Westen und insbesondere den USA bedrohte Festung. Der Präsident habe Russland damit in einen geistigen Belagerungszustand versetzt. In ihm wird, ganz in russisch-sowjetischer Tradition, erneut militärischer Macht eine entscheidende Rolle zugewiesen. Diese veränderten Grundlagen russischer Staatlichkeit bedingen eine aggressive Außenpolitik: Der Kreml benötigt die Fiktion äußerer Bedrohung und die ständige Präsenz von Krieg und Gewalt in der Sprache der Politik wie in den Medien: weil nur so die

eigene Macht gesichert werden kann. Daraus folgt auch, dass Moskaus Eigeninteresse an Deeskalation begrenzt ist, ebenso wie die Bereitschaft zu Rüstungskontrollabkommen mit dem Westen gegen Null tendiert: weil der Kreml seine militärische Macht nicht einhegen lassen, sondern sie im Gegenteil zu seiner Politik der Einschüchterung nutzen will.

Das erneute machtpolitische Ausgreifen des Kreml, so die nahezu einhellige Überzeugung der Teilnehmer, beschränke sich nicht auf den im engeren Sinne postsowjetischen Raum, also die ehemaligen Mitgliedsstaaten der Sowjetunion. Vielmehr schließe er, wie sich unterdessen immer mehr zeige, auch die Staaten Osteuropas ein. Es sei Zeit, so höre man in Moskau, nach Osteuropa und insbesondere auf den Balkan zurückzukehren. Gerade auf dem Westbalkan, so konnte man am Rande des Charkiver Treffens vernehmen, sucht Moskau den dort wiederauflebenden, mit religiösem Extremismus aufgeladenen ethnischen Nationalismus zu befeuern und einen christlich-orthodox drapierten Neo-Panslawismus zu installieren.

Generell gedenkt der Kreml offenbar, wo immer möglich den traditionellen russischen Einfluss in Osteuropa wieder zum Tragen zu bringen. Zu diesem Zweck soll wirtschaftliche Macht – vor allem die Verfügung über Öl und Gas – in politische Macht umgesetzt werden, mit dem Ziel, Russland als wesentlichen Faktor in der Politik osteuropäischer Staaten zu verankern, Abhängigkeiten zu schaffen und die EU, die bisher nahezu allein den ethno-nationalistischen Destruktionskräften entgegenwirkte, zurückzudrängen. Der Kreml ist darauf aus, Europa in seiner Uneinigkeit, in seinem ständigen Streit gefangen zu halten. Auf diese Weise gedenkt Moskau sein finales Vorhaben zu verwirklichen: Europa soll als politischer Akteur von Bedeutung ausgeschaltet werden, damit es dem, was der Kreml heute in der Ukraine und morgen vielleicht an anderen Orten unternimmt, die er als russische Einflusszone betrachtet, nicht ernsthaft begegnen kann.

Der Kreml unterfüttert unterdessen sein Vorgehen, wie alle Teilnehmer des Treffens sahen, mit einer starken militärischen Komponente: Die russischen Streitkräfte sind zu einem beträchtlichen Teil umfassend modernisiert worden – ein Prozess, der noch andauert. Dabei werden die schnell einsetzbaren hoch mobilen Brigaden vor allem im Westen des Landes, also in der Nachbarschaft zu Osteuropa, stationiert; hinzu kommt die Region Kaliningrad, die nachgerade von Waffensystemen aller Art starrt, einschließlich nuklearfähiger Kurz- und Mittelstreckenraketen. Von hier aus – darauf wurde detailliert in den Gesprächen am Rande hingewiesen - kann der Kreml im Kriegsfall die Heranführung von Truppen der NATO weiträumig stören oder gar verhindern („area denial“). Diese Remilitarisierung mitsamt den damit einhergehenden, auf Osteuropa abzielenden alljährlichen Manövern der russischen Streitkräfte bildet damit ein Potential, das der Kreml für seine Zwecke nutzen kann. Dabei braucht er dieses Potential gar nicht konkret einzusetzen: Moskau sieht sein Militär als Instrument der Einschüchterung und der Nötigung, mit dem die Angst des Gegners, also letztlich der europäischen Staaten, vor einem ernsthaften Konflikt mit Russland genutzt werden kann, um sie von jeder Antwort auf ein militärisches Vorangehen des Kreml abzuhalten.

Ähnliches gilt für die neue – manche Teilnehmer meinten allerdings, es sei eine alte; denn der Kreml habe sie schon immer betrieben - Art der Kriegführung, den so genannten hybriden Krieg, auf den auf dem Treffen ausführlich eingegangen wurde. Der Kreml habe seine Fähigkeiten, Krieg auch mit anderen als militärischen Mitteln zu führen, vervollkommenet und wende zunehmend entsprechende Methoden an. Letztlich handele es sich um Instrumente der psychologischen Kriegführung, mit deren Hilfe der Kreml in seiner Auseinandersetzung mit dem Westen siegen wolle, ohne einen Schuss abzugeben, wie es der von etlichen Teilnehmern wiederholt angeführte chinesische Stratege Sun Tzu als höchste Kriegskunst bezeichnet habe. Dabei stehe Osteuropa im Fokus des Informationskrieges, der den Kern des hybriden Krieges ausmacht, wobei der „Baltische Sektor“ für den Kreml besondere Bedeutung habe. In Gestalt von Cyberangriffen, Verleumdungskampagnen und anderen Arten von Beeinflussung suche der Kreml das politische Bewusstsein in Osteuropa in einer ihm genehmen Weise zu formen.

In dieser Perspektive war es nicht verwunderlich, dass Teilnehmer die Auffassung vertraten, Russland führe bereits Krieg: gegen die Ukraine – das war unstrittig – wie auch, hier waren manche

zurückhaltender, gegen den Westen an sich, in hybrider Gestalt. In jedem Fall, so eine prominente estnische Stimme, sei eines klar: In Osteuropa stehen wir an der Frontlinie der Demokratie. Und, wie ein Teilnehmer aus der Ukraine in aller Deutlichkeit und unwidersprochen konstatierte: Wir befinden uns mitten im „Kalten Krieg 2“. Dementsprechend könne Moskau keinesfalls, wie bisher, als Partner behandelt, sondern müsse, wie er noch zurückhaltend formulierte, als „Rivale“ betrachtet werden. Russland wird in Osteuropa also erneut als Gefahr empfunden – insbesondere von den Kräften, denen die Teilnehmer des Charkiver Treffens entstammen: den liberalen Demokraten.

Sicherheit: Gefährdungen im Inneren

Die Teilnehmer aus den Staaten, die von Russland mit Krieg und militärischer Macht überzogen worden sind und weiter werden, vor allem also Ukraine, aber auch Georgien, sahen Sicherheitspolitik damit eher als Verteidigungspolitik, als Instrument, um sich vor dem gewalttätigen Nachbarn zu schützen. Sie vertraten insoweit einen eher engen Begriff von Sicherheit, während die überwiegende Zahl der Teilnehmer einem weiten Begriff von Sicherheit zuneigte, der auch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Gefahren einschloss.

Die Anhänger eines weiten Sicherheitsbegriffs betonten demgemäß, Sicherheit habe nicht nur eine militärische, sondern auch eine zivile Komponente. Dies folge schon aus der Tatsache, dass die Gefahren, denen sich die Osteuropäer in ihren Staaten gegenübersehen, nicht nur militärischer Art sind, sondern auch aus dem politisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bereich herrühren. Wenn es hier Fehler oder gar schwerwiegende Mängel gebe, sei unmittelbar die Sicherheit des Staates gefährdet. Als Beispiel wurde von mehreren Seiten die Korruption genannt: Sie könne zu einer größeren Gefahr werden, als die militärische Bedrohung von außen. Gleiches gelte für die Wirtschaftspolitik: Wenn sie wesentliche Teile der Bevölkerung außer Acht lasse, könne dies zur ernstesten Gefahr werden. Wie der Vertreter der europäischen Liberalen betonte: Es ist nicht nur die physische Unversehrtheit von Land und Leuten, die wir verteidigen. Es ist eine Gesellschaft, die auf liberalen Werten aufbaut, die wir schützen wollen und schützen müssen. Selbstbestimmung, Menschen- und Bürgerrechte, Rule of Law – diese und andere Grundsätze, wie sie die liberale Demokratie ausmachen, gilt es zu verteidigen; denn sie sind Grundlage unserer Sicherheit.

Unschwer war in diesen Äußerungen der europäischen Liberalen eine Kritik an den Regierungen einzelner osteuropäischer Staaten zu erkennen, vor allem Polens und Ungarns. In Ungarn vertritt bekanntlich der Ministerpräsident die Auffassung, ein Staat, der liberale Werte und Grundüberzeugungen bewusst außer Acht lasse, könne gleichwohl eine Demokratie sein: eben eine „illiberale Demokratie“. Diese Auffassung wurde in Charkiv nicht geteilt: Wer den demokratischen Überbau nicht garantieren wolle, also die Institutionen, die die Rechte der Bürger und ihre Freiheit schützen - Unabhängigkeit der Gerichte, generell Gewaltenteilung, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, freie Wahlen -, der sei kein Demokrat. Und „illiberale Demokratie“ - das sei ein Widerspruch in sich. Sie bedeute vor allem eines: eine Gefahr für die Menschen im Lande und damit eine Gefährdung der Sicherheit von Staat und Gesellschaft; auch deshalb, weil ein solches Regime dem Kreml den Weg ebne, auch und gerade in sicherheitspolitischer Hinsicht.

Damit waren die Teilnehmer zu einer Einsicht gelangt, die offenbar bisher nicht allen klar war: Die Sicherheit eines Landes und seines Regierungssystems kann nicht nur durch einen äußeren Feind gefährdet werden. Die Gefahr kann vielmehr auch aus dem Land selber kommen. Und nicht nur das: Die Sicherheit Osteuropas kann auch in Westeuropa untergraben werden: wenn man sich dort nicht deutlich zu ihrer Verteidigung bekennt oder sie im Ergebnis sogar untergräbt. Gerade diese Spielart der Gefahr aus dem Inneren wurde auf den Charkiver Konsultationen von osteuropäischer Seite angesprochen.

Warum betone die westliche und insbesondere deutsche Politik in stetiger Wiederholung, der „Konflikt“ in der Ukraine könne nicht militärisch gelöst werden? Wenn dies tatsächlich so sei, dann könne man sich – so eine ukrainische Stimme – den Unterhalt von Streitkräften sparen. Die russische Seite jedenfalls zeige, dass sie eine militärische Lösung durchaus für möglich halte; in Syrien habe sie dies

demonstriert, in der Ukraine halte sie nur militärische Gegenmacht davon ab, dies ebenfalls zu versuchen. Im Übrigen untergrabe auch die stetige Weigerung eines Großteils der deutschen Politik, eine klare Sprache zu führen und die Dinge beim Namen zu nennen, das sicherheitspolitische Standing der Osteuropäer. Im Osten der Ukraine handele es sich eben nicht um einen „Konflikt“ oder einen „Bürgerkrieg“ - so der ständige Sprachgebrauch im Westen -, sondern um einen *Krieg*, den Russland im Donbass führe und führen lasse. Und kaum ein westlicher Politiker habe es gewagt, so die bittere Feststellung eines ukrainischen Teilnehmers, die gegenwärtige russische Aggression wie diejenige von 2008 gegenüber Georgien auch als solche zu bezeichnen: als Aggression. Und statt diese zu verurteilen, rufe die westliche Seite regelmäßig dazu auf, Ruhe zu bewahren, sich nicht provozieren zu lassen und nach einer diplomatischen Lösung zu suchen. Und stets seien es gerade Stimmen aus Deutschland, bisweilen selbst aus dem liberalen Lager, die für an sich nicht hinnehmbares Verhalten des Kreml Entschuldigungen fänden und Verständnis einforderten.

Eine weitere Gefahr sahen die Teilnehmer aus Osteuropa, insbesondere aus den Staaten, die unmittelbar mit Russland benachbart sind, in der Fehleinschätzung der Politik des Kreml, wie sie westlichen Staaten, vor allem Deutschland, Frankreich und Italien, zugeschrieben wurde. Im Mittelpunkt der Kritik stand dabei NordStream2. Mit diesem Projekt komme es dem Kreml darauf an, die ohnehin schon hohe Abhängigkeit der Europäer von Energieträgern aus Russland noch zu steigern, um so ein Instrument des politischen Einflusses und für eine Politik der Drohung, ja Erpressung zu schaffen. Wie könne man in dieser Perspektive dem Bau von NordStream2 zustimmen? So die Kritik vor allem aus der Ukraine, aber auch Polen und den Baltischen Staaten, die, zurückhaltend ausgedrückt, tiefes Unverständnis für die deutsche Haltung verriet. NordStream2 sei eben nicht, wie das führende deutsche Politiker glauben machen wollten, ein rein wirtschaftliches Unterfangen; vielmehr sei es seiner Natur nach hoch politisch.

Letztlich sehen sich, wie im Verlauf des Treffens deutlich wurde, viele Osteuropäer, insbesondere die aus dem postsowjetischen Raum, durch eine Politik wesentlicher westeuropäischer Staaten, auch und gerade Deutschlands, gefährdet, die sie als einseitige Orientierung an Russland empfinden. Gewiss, Deutschland trage historische Verantwortung gegenüber Russland. Aber doch nicht nur gegenüber Russland, sondern auch und vor allem gegenüber Belarus und der Ukraine als den ersten Opfer des Angriffs der Wehrmacht, die mehr noch als das russische Kernland im Zweiten Weltkrieg zu leiden gehabt hätten. Dies sei in der deutschen Gesellschaft wie auch in den dortigen Parteien offenbar weithin unbekannt; die Regierung tue nichts, um dies zurechtzurücken. Im übrigen – dies merkte ein deutscher Teilnehmer an – wiesen die russischen Eliten jeden Gedanken, Russland selbst trage gegenüber den Osteuropäern eine historische Verantwortung, weit von sich.

Sicherheit: Die Gefahr aus dem Netz

Womit bisher nur Fachleute vertraut waren, wurde auf den Konsultationen für alle erkennbar: Neue und bisher kaum vorstellbare Gefährdungen unserer Sicherheit kommen auf uns zu. Es ist die Cybersphäre, die dieses Potential in sich birgt. Was die Experten aus Osteuropa bei den Konsultationen im Osten der Ukraine zu den Möglichkeiten vortrugen, osteuropäische Staaten wie den Westen insgesamt durch Angriffe in der Cybersphäre zu lähmen, übertraf die Vorstellungskraft der meisten Teilnehmer. In den europäischen Gesellschaften, insbesondere in Westeuropa, ist alles über das Netz erreichbar: das Finanzsystem, die Versorgungseinrichtungen, also Kraft- und Wasserwerke, Krankenhäuser, Verkehrsüberwachung und -regelung, Flughäfen und Bahnhöfe, nicht zuletzt die Regierung und Verwaltung auf allen Ebenen, um nur einige Beispiele zu nennen. Und alle diese Ziele könnten, so die Experten, im Cyber angegriffen werden. Komme es dazu, wären die Folgen fürchterlich: Das angegriffene Land könne außer Funktion gesetzt werden.

Dabei könne der Angegriffene – im konkreten Fall also der Staat – nie mit Gewissheit feststellen, von wem der Angriff ausging: Das Problem der Zurechnung sei bis heute nicht gelöst; ob es überhaupt lösbar ist, blieb bei den Konsultationen offen. Dies gebe dem Kreml – so die realistische Einschätzung des russischen Teilnehmers am Charkiver Treffen – stets die Möglichkeit, zwar im Cyber anzugreifen, aber gleichzeitig einen solchen Angriff zu dementieren („plausible deniability“). Dies sei im Übrigen

eine Erscheinung – darauf wiesen Teilnehmer aus Kyiv hin –, die auch beim Krieg Moskaus gegen die Ukraine feststellbar gewesen sei: Sowohl bei der Okkupation der Krim wie beim militärischen Ausgreifen in den Osten der Ukraine handele der Kreml und bestreite gleichzeitig sein Handeln. Auf Grund der Asymmetrie bei der Vernetzung sei der Westen besonders verletzlich: Er sei hoch computerisiert, könne sich also nicht aus dem Netz ausklinken, während andere Staaten sich vom Internet abschalten könnten, ohne dass ihre Funktionsfähigkeit litte. Diese Staaten verfügten damit über gute Angriffsoptionen im Cyber, seien aber wegen ihrer Robustheit kaum westlichen Antworten ausgesetzt. Vollends unheimlich waren die Andeutungen der Experten, in der Cybersphäre könne es zu einer Eskalation kommen, die in einen konventionellen Krieg münde. Oder, noch gravierender deren Andeutung, durch Einwirkung über das Netz könnten Abschussysteme für strategische, mit Nuklearsprengköpfen bestückte Raketen angegriffen werden – mit katastrophalen Folgen.

Einen ersten Eindruck von den Möglichkeiten, die die Cybersphäre eröffnet, bieten die Ukraine wie auch Bulgarien und Estland. In Estland hatte es bereits 2007 Angriffe auf staatliche Organe sowie Banken und Medien im Netz gegeben; alle Anzeichen sprachen dafür, dass sie von russischen Urhebern ausgingen. Während der Annexion der Krim habe der Kreml, so ukrainische Stimmen, Militärstützpunkte sowie Informations- und Regierungssysteme der Ukraine angegriffen. Später seien dann deren Wahlsystem, Regierungsseiten, Telefone sowie Abgeordneten-Accounts gehackt worden. Der Gipfel sei Ende 2015 erreicht worden, als ukrainische Kraftwerke über die Cybersphäre abgeschaltet worden seien – mit der Folge eines temporären Ausfalls der Elektrizität. In Bulgarien schließlich habe es 2015 Angriffe auf die Kommunalwahlen gegeben, die man Russland habe zuordnen können.

Ist das alles schon Krieg? Wenn man durch Angriffe im Cyber den Willen der anderen Seite beeinflussen wolle, sei dies, so ein bulgarischer Experte, in der Tat bereits Krieg – eine Feststellung, die mit Blick auf Art. 5 des NATO-Statuts von wesentlicher Bedeutung ist und in die Forderung mündete: Wir dürfen keine unangemessene Aktivität im Cyber mehr dulden! In jedem Fall brauche man eine aktive Cyber-Verteidigung, auch und gerade in Osteuropa. Dabei sei bei der Abwehr von Angriffen *Zeit* ein entscheidender Faktor: Cyberangriffe erfolgten so schnell, dass man für eine Antwort keinen längeren Entscheidungsprozess abwarten könne. Man müsse also vorsorgen und automatisierte Antworten ermöglichen. Aber, so die Gegenfrage, hält eine solche Möglichkeit angesichts der Unmöglichkeit einer eindeutigen Zurechnung von Angriffen rechtsstaatlichen Anforderungen stand? Es gehe schließlich um Krieg und Frieden! Man müsse viel früher ansetzen und neu zu schaffende Systeme von vornherein mit Blick auf Cybersicherheit konstruieren. All dies erfordere einen umfassenden Einsatz von menschlichen und materiellen Ressourcen und einen entsprechenden Aktionsplan, sollten die Bemühungen nicht wie bisher im Entwurfsstadium stecken bleiben.

Von Russland war bei allen diesen Szenarien wenig die Rede, aber es war allen Teilnehmern klar, wer mit der „anderen Seite“ im Cyberkrieg gemeint war. Einig war man sich auch in der Überzeugung, dass Russland unterdessen eine sehr viel aggressivere Cyber-Posture einnehme als bisher, gegründet auf der dem Kreml von Experten zugeschriebenen Bereitschaft, kritische Infrastruktursysteme Europas im Kriegsfall von Beginn an zu zerstören, mit dem Ziel, dem Feind, also den Europäern, die Fähigkeit zum Kampf an sich zu nehmen.

Sicherheit, aber woher?

Die den Teilnehmern des Charkiver Treffens gestellte Frage - „Eine neue Sicherheitspolitik für Osteuropa?“ - fand eine nahezu einhellige Antwort: Es könne und dürfe keine allein auf Osteuropa abgestellte Sicherheitspolitik geben, so wie es keine unterschiedliche Sicherheit für West- und für Osteuropa geben könne. Sicherheit für Osteuropa sei also nur im gesamteuropäischen Rahmen denkbar. Damit könne man per definitionem keine „neue“ Sicherheitspolitik für die Region fordern, so wie bisher auch keine „alte“ Sicherheitspolitik für Osteuropa existiert habe. Aber worin besteht dann die Sicherheit für Osteuropa, wo versichern sich die Osteuropäer? Darum ging es letztlich in den Charkiver Konsultationen, und darauf zielte letztlich die den Teilnehmern gestellte Frage ab.

So wie in erster Linie die Mitgliedschaft in der NATO für die meisten westeuropäischen Staaten die Grundlage ihrer Sicherheit ist, gilt das auch für die acht osteuropäischen Staaten, die seit 2004 dem Bündnis beigetreten sind. Herrschte insoweit Einigkeit, gab es doch kritische Fragen mit Blick darauf, ob die NATO die Besonderheiten und die Bedürfnisse der Region Osteuropa genügend berücksichtige. Könnte das Bündnis den Kreml gegenwärtig überhaupt noch abschrecken? Polnische Vertreter hatten hier mehr als nur Zweifel. Sie galten weniger den Äußerungen Donald Trumps, welche die Bündnisgarantie des Art.5 in Frage stellten, als vielmehr den Verteidigungsanstrengungen der westeuropäischen Partner, die als ungenügend angesehen wurden.

Im Mittelpunkt der Kritik stand hier Deutschland. Verständnis dafür kam gerade von deutschen Teilnehmern: In der Tat habe die ständige Verringerung der Verteidigungshaushalte unter der Ägide der Friedensdividende seit 1990 in Westeuropa und insbesondere in Deutschland eine einseitige Abrüstung zur Folge gehabt, mit der Folge, dass das Land gegenwärtig seine Aufgaben – Landes- und Bündnisverteidigung – nicht mehr in dem notwendigen Umfang erfüllen könne. So übernehme Polen gegenwärtig nahezu allein die Aufgabe der konventionellen Abschreckung; dies könne nicht so bleiben. Deutschland müsse die Fähigkeit zur Verteidigung wiedergewinnen; und dies müsse auch das Kriterium für die grundsätzlich richtige Entscheidung sein, die Verteidigungshaushalte wieder zu erhöhen, nicht aber das eher abstrakte Kriterium von zwei Prozent des BIP.

Unzulänglichkeiten der NATO auf dem Feld der Strategie wurden vor allem von polnischen, aber auch von ukrainischen Stimmen gesehen. Die Entscheidungsprozesse seien viel zu langwierig, mit potentiell katastrophalen Folgen im Ernstfall. Generell hatten die Teilnehmer vielfach den Eindruck, die NATO verfüge gegenwärtig nicht über eine klare Strategie, vom Fehlen von politischen Führungspersonlichkeiten, wie sie die Ukrainer beklagten, ganz abgesehen. So waren auch die polnischen Stimmen zu verstehen, die eine „grand strategy“ für die Ostflanke der NATO forderten: Dort sehe sich das Bündnis umfassenden Herausforderungen gegenüber. Wenn es dort scheitere, sei dies das Ende der Allianz. Und damit es nicht dazu komme, müsse die gewünschte „grand strategy“ des Bündnisses mit militärischen wie politischen „commitments“ unterfüttert werden, damit sie glaubhaft sei, ihre Aufgaben erfüllen und Stabilität in ihre Nachbarn projizieren könne. Die Entsendung von vier Bataillonen in die Baltischen Staaten wie nach Polen sei ein Schritt in die richtige Richtung. Dies sei, so Stimmen aus Estland und Litauen, mehr als nur Symbolpolitik: Nunmehr sei klargestellt, dass jedes russische Vorgehen sofort andere NATO-Mitglieder involviere.

Was hier letztlich angesprochen und gefordert wurde, ist eine neue Strategie der NATO für den Umgang mit den veränderten Bedrohungen. Es ist in der Tat lange, nämlich 7 Jahre her, dass die NATO zuletzt ein strategisches Grundlagendokument („Strategisches Konzept“) verabschiedet hat. Und auch dieses Dokument hat vieles offen gelassen. Seitdem hat sich vieles, ja fast alles verändert: Die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geschaffene europäische Friedensordnung existiert nicht mehr. Statt dessen ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. In der Folge begreift man in Europa allmählich, dass Streitkräfte – bei aller Wichtigkeit dieser Aufgabe - nicht so sehr für Interventionen in anderen Erdteilen, sondern primär für die Landes- und Bündnisverteidigung vorzuhalten sind. Wie sie aber konkret im Verteidigungsfall eingesetzt werden sollen, worauf gebaut werden soll – Abschreckung oder Kriegführungsfähigkeit -, dies alles ist erst noch zu erarbeiten.

Bemerkenswert war, dass die NATO in Osteuropa, wie die Teilnehmer der Konsultationen berichteten, auf ein viel positiveres Echo stößt, als dies in Westeuropa der Fall ist, wo die Kräfte auf dem linken Teil des politischen Spektrums – und nicht nur dort - vielfach ein gebrochenes Verhältnis zur NATO haben und das Bündnis in der politischen Öffentlichkeit eher negativ besetzt ist. Ähnliches gilt auch mit Blick auf die Europäische Union: Während man in Westeuropa von ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung wenig weiß, hörte man von Vertretern der Baltischen Staaten, dass die EU auch in sicherheitspolitischer Hinsicht in Osteuropa Wesentliches leiste. So trage sie etwa zur Abschreckung bei, indem sie eine klare Politik der Sanktionen führe. Diese Mittel der politischen Verteidigung – denn darum handele es sich - entfaltet ihre Wirkung, auch ohne dass damit gedroht werden müsse. Mit Blick auf diese Wirkung traf ein Vorschlag auf Interesse wie Zustimmung, die EU solle klar die Sanktionen benennen, die sie verhängen würde, solle der Kreml weiter eskalieren.

Aber woher holen sich die osteuropäischen Staaten, die dem Bündnis nicht angehören, ihre Sicherheit? Mit dieser Frage wurde ein weiteres und gegenwärtig vielleicht das wichtigste sicherheitspolitische Problem angesprochen. Es betrifft weniger Armenien und Aserbaidschan, auch nicht die bündnisfreien Staaten auf dem Westbalkan, denen allerdings – darin waren sich bei den Charkiver Konsultationen alle einig – künftig sehr viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse als bisher, auch und gerade mit Blick auf die gesamteuropäische Sicherheit. Die Frage zielte vielmehr vor allem auf Ukraine und Georgien ab, die beide – allerdings mit wenig Hoffnung - in Richtung des Bündnisses blicken, und Moldova, das offiziell keine Mitgliedschaft in der NATO anstrebt, aber ebenfalls nach Versicherung ruft, vor allem mit Blick auf die weiter schwärende Wunde Transnistrien: Wie kann diesen Staaten Sicherheit verschafft werden? Hier waren die Politologen gefragt, und sie öffneten auf dem Treffen denn auch bereitwillig ihren Werkzeugkasten: Mitgliedschaft in der NATO und/oder der EU; Integrationsabkommen mit der EU, die auf eine volle Mitgliedschaft vorbereiten; Blockfreiheit in Richtung Neutralität („Finnlandisierung“) im Rahmen eines „grand bargain“ zwischen dem Westen und dem Kreml; mit Blick auf die Ukraine Einräumung eines spezifischen-Verbündeten-Status durch die USA im Rahmen des „Major Non-NATO Ally“-Programms; schließlich Mitgliedschaft der drei Problemstaaten in einer osteuropäischen Sicherheitskoalition mit anderen Staaten der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer („Intermarium“) - dies waren die Lösungsvorschläge.

Alle diese Möglichkeiten haben, wie auch die Teilnehmer sahen, gegenwärtig wenig Zukunft. So werde es wohl, wie einer der besten Kenner der Materie analysierte, bei der „grauen Zone“ bleiben, in der sich die genannten Staaten gegenwärtig befänden: zwischen der NATO/EU und Russland in einem „geopolitischen Loch“ gelegen, ohne auf verlässliche Sicherheit zählen zu können. Was bleibe, sei, zu improvisieren und unter Einsatz aller Kräfte Kyiv und Tbilisi und vielleicht auch Chisinau zu ermöglichen, dem Druck aus dem Kreml zu widerstehen. Auf diese Weise könne es gelingen, mit parallelen und sich gegenseitig verstärkenden Maßnahmen die geopolitische graue Zone Osteuropas weniger grau zumachen.

Sicherheit durch Erfolg? Der Fall Ukraine

Die Zukunft der Ukraine – das war letztlich *das* Thema des Treffens in Charkiv. Und diese Zukunft ist ungewiss. Die Ukraine will auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg nach Europa bleiben und weitere Schritte in diese Richtung tun. Und sie will vor allem eines tun: ihre Unabhängigkeit kräftigen, Wirtschaft und Gesellschaft stärken, den Menschen Perspektiven für ein besseres Leben eröffnen. All dem steht Russland oder, wie man besser sagen sollte, der Kreml im Weg. Eine erfolgreiche, sich umfassend reformierende Ukraine wird in Moskau als Bedrohung aufgefasst: weil sie den Menschen in Russland stets vor Augen führen würde, dass ein „slavisches Bruderland“ auch anders erfolgreich regiert werden kann, als durch autoritären Druck und Gewalt. Darüber hinaus sind die russischen Eliten weithin unfähig, sich die Ukraine als selbständigen Staat vorzustellen, geschweige denn ihn als solchen anzuerkennen. Damit sind sie auch unfähig zu guter Nachbarschaft; denn die Ukraine ist für den Kreml kein Nachbarstaat, sondern Teil der russischen Welt.

Von Plänen, die Ukraine mit Gewalt ganz oder zum Teil zurückzuholen und so den Revisionismus auf die Spitze zu treiben, hat der Kreml, so hörte man bei den Konsultationen, abgesehen. Militärisch sei er dazu durchaus in der Lage, nicht aber dazu, das Land auf Dauer zu halten, ganz abgesehen davon, dass im Falle einer großangelegten Aggression die Beziehungen zum Westen für lange Zeit an ihr Ende gelangen würden. So hat sich der Kreml nach der Annexion der Krim darauf verlegt, die beiden östlichen Bezirke Donezk und Luhansk mit Krieg zu überziehen, um auf diese Weise die Ukraine im Würgegriff zu halten und ihn nach Belieben zu lockern oder zu verstärken. Ziel ist es, das Land daran zu hindern, sich als souveräner funktionierender Staat zu konsolidieren und in Richtung EU oder gar NATO zu bewegen. Das Kalkül des Kremls besteht darin, so beschreiben es kritische Stimmen aus Russland selbst, das Land und seine Gesellschaft sich in ihrem Widerstand abnutzen zu lassen und allmählich reif für eine Rückkehr in den russischen Orbit zu machen.

Waren sich die Teilnehmer an den Konsultationen in dieser Einschätzung einig, so zögerten sie erkennbar, in die radikale Kritik ukrainischer Vertreter am Abkommen von Minsk (Minsk2)

einzustimmen. Dieses Abkommen sei im Kreml geschrieben und der Ukraine wie dem Westen, also Frankreich und Deutschland, aufgenötigt worden. Russland sei keinerlei Verpflichtungen eingegangen. Die Verpflichtungen aber, die man Kyiv mit Minsk2 auferlegt habe, seien eine Zumutung und im Übrigen unerfüllbar. Doch der Westen sehe den Kreml als Garant des Friedens, statt ihn als das zu behandeln, was er sei, nämlich der Aggressor. In der Tat ist dies der entscheidende Mangel des Abkommens von Minsk: Russland geriert sich als neutrale Macht, steht aber in Wirklichkeit hinter dem Krieg, ja führt ihn selber – ohne jedes Interesse an Frieden. Und das alles, so die Teilnehmer aus Kyiv, mute man einer Ukraine zu, die sich in der Weltarena seit langem als Beiträger zur internationalen Sicherheit hervorgetan habe, etwa durch seine stete Teilnahme an peacekeeping-Operationen und vor allem durch den Verzicht auf seine Nuklearwaffen im Jahr 1994, und die nichts anderes wolle, als in Frieden ihren Weg zu gehen.

Die Reaktion des Treffens von Charkiv auf diese eindeutige Position war eher Zurückhaltung. Zwar waren sich alle der Tatsache bewusst, dass die ukrainischen Teilnehmer mit ihrer Enttäuschung und ihrer Bitterkeit im Recht waren. Aber was konnte man ihnen vorschlagen? Minsk2 in Frage zu stellen, das im übrigen - auch darin hatten die Ukrainer recht – kaum jemand im Detail kannte, hätte zur Notwendigkeit geführt, eine eigene Lösung für die Krise vorzuschlagen – und eine solche Lösung hatte niemand. In dieser Perspektive beschränkte man sich auf zwar durchaus ernst gemeinte, aber politisch doch kaum aussagekräftige Anmerkungen wie etwa, Sicherheit sei unteilbar; Europa könne folglich weder frei sein noch prosperieren, solange die Ukraine nicht die Kontrolle über ihr Territorium und vor allem über ihre Grenze zu Russland wiedererlangt habe.

Vor diesem Hintergrund erschien der von den europäischen Liberalen wie von estnischer Seite vorgetragene Rat, die zivile Komponente der Sicherheit zu stärken, so richtig er war, als problematisch: Gewiss muss die ukrainische Regierung gegen die erneut wuchernde Korruption vorgehen, ebenso wie die Gesellschaft gestärkt werden muss, um gegen hybride Angriffe immun zu werden, und die soziale Frage zumindest angegangen werden muss, um die Sehnsucht nach sowjetischen Verhältnissen nicht übermächtig werden zu lassen. Aber wie macht man das alles, wenn der große Nachbar das Land mit Krieg überzieht, hybridem und richtigem, wenn er alles tut, um Staat und Gesellschaft zu destabilisieren und nicht zur Ruhe kommen zu lassen? Und wenn die westlichen Partner der Ukraine weder Waffen liefern wollen, damit sie sich verteidigen kann, noch ernsthafte und umfassende Versuche machen, das Land in einer Weise wirtschaftlich und gesellschaftlich zu unterstützen, wie es notwendig wäre, um es wirklich vom Fleck zu bringen? So die Gegenfragen der ukrainischen Vertreter. Die EU wie der Westen insgesamt hätten, so deren wiederholt vorgetragene Überzeugung, mit Blick auf die Ukraine und den ihr aufgezwungenen Krieg weder eine klare Strategie noch eine überzeugende politische Führung.

All die ungelösten Probleme wurden noch drängender im Verlaufe der Exkursion, auf die sich das Treffen in voller Besetzung noch weiter in den Osten der Ukraine begeben hatte, nach Kramatorsk und Slovjansk, an der Front in dem Krieg gelegen, den der Kreml der Ukraine aufgezwungen hat. Hier konnte man erleben, was der nahe Krieg bedeutet: Vertreter der Militär- und Ziviladministration der Region erläuterten ihre Aufgabe, das Leben der Menschen und ihre Versorgung unter den außergewöhnlichen Bedingungen zu gewährleisten; von der Leiterin einer NGO erfuhren die Teilnehmer, was für die vielen Binnenflüchtlinge getan wird; und ein investigativer Journalist, selbst aus Donezk geflohen, berichtete, wie er für einen ukrainischen Fernsehsender versucht, den Menschen in der „grauen Zone“ diesseits und jenseits der „Kontaktlinie“, also der Front, eine Stimme zu geben.

Ungewöhnlich war auch das Treffen mit Soldaten und Offizieren einer luftverlegbaren Brigade, die offenbar ursprünglich eine aus Freiwilligen bestehende Einheit gewesen und dann in die regulären Streitkräfte überführt worden war. Die Gespräche mit den Soldaten waren ebenso beeindruckend wie beklemmend: Das waren keine Faschisten oder verblendete Nationalisten, wie die russische Propaganda immer wieder glauben machen will, sondern schlicht Ukrainer, die ihre Heimat verteidigen wollen. Und die bereit sind, dafür ihr Leben und ihre Gesundheit einzusetzen. Was das bedeuten kann, erlebte die Gruppe auf der letzten Station ihrer Exkursion in der Nähe von Slovjansk: Dort war

2014 ein Gebäudekomplex von so genannten Separatisten unter Artilleriefeuer genommen und schwer beschädigt worden. Die Gebäude stehen heute noch, zerstört und leer, ohne Zeichen von Wiederaufbau.

Was sich schon während der Diskussionen in Charkiv abgezeichnet hatte, wurde nach dieser Exkursion endgültig klar: In seinem Bestreben, die Ukraine zu schwächen und sie wieder zurückzuführen, hat der Kreml das genaue Gegenteil erreicht. Russland hat die Ukraine verloren, manche meinen für immer. Die Ukrainer sind in der Auseinandersetzung mit Russland zur Nation geworden. Sie wollen sich behaupten. Der Kreml sucht das zu verhindern. Es ist absurd: Ein Erfolg der Ukraine wäre ein Segen für das Land. Vom Kreml aber würde das als Fluch empfunden. Umgekehrt würde ein Scheitern der Ukraine in Moskau als Gewinn betrachtet. Man sollte vorsichtig mit diesem Wort sein: Aber die Blindheit der russischen Machthaber für die wahren Bedürfnisse Russlands muss wohl schon als Tragödie bezeichnet werden.

Sicherheit Osteuropas: Was ist zu tun?

Was können die Liberalen für die Sicherheit Osteuropas und damit für die Sicherheit Europas insgesamt tun? Wie können, wie müssen sich liberale Parteien, NGOs und Think Tanks, ob in der Region oder darüber hinaus, mit Blick auf diese Frage ausrichten? Bevor gehandelt werden kann, ist zunächst eine Forderung zu erfüllen, wie sie die FDP unterdessen in ihre Programmatik aufgenommen hat: Neu denken. Diese Forderung ist umfassend und - zu Recht - mit Anspruch auf allgemeine Gültigkeit formuliert; sie kann, ja muss auch und gerade mit Blick auf Osteuropa erhoben werden und richtet sich vor allem an die Westeuropäer, nicht zuletzt an die deutschen Liberalen.

Was heißt das? Es heißt *erstens* und vor allem: Die Westeuropäer müssen sich auf Osteuropa einlassen. Und das heißt: Sie müssen bereit sein, ihre Ignoranz zu überwinden und Osteuropa überhaupt erst einmal *kennenzulernen*. Sie müssen erfahren, wofür die Osteuropäer stehen, was die Gesellschaften ihrer Länder ausmacht, wie sie sich selber sehen, wie sie sich verorten, wohin sie streben. Sie müssen bedenken, dass die Unabhängigkeit vieler Staaten Osteuropas jüngeren oder gar jüngsten Datums ist. Während die Staaten in West- und Mitteleuropa „aus der Tiefe der Zeiten“ (de Gaulle) stammen, sind die osteuropäischen Staaten vielfach aus dem Zerfall von Reichen hervorgegangen, die bis vor kurzem noch existiert haben. Diesen Staaten ist heute – auch das müssen die Westeuropäer verinnerlichen - *eines* gemeinsam: Sie haben zu kämpfen - um ihre Unabhängigkeit, ihre Identität und ihre gesellschaftliche wie wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Aber sie haben zu kämpfen auch mit dem Unverständnis und der geistigen Enge der Westeuropäer. Es ist letztlich die tiefe Unkenntnis von Geschichte und Gegenwart der osteuropäischen Staaten, wie sie in Westeuropa festzustellen ist, die sich als Gefährdung der Sicherheit Osteuropas und damit Europas insgesamt auswirkt. Neu denken heißt damit zuallererst, Osteuropa in das politische Bewusstsein der liberalen Kräfte Westeuropas aufzunehmen und ihm dort den Platz einzuräumen, den es ebenso braucht wie verdient.

Zweitens und ebenso wichtig müssen die Westeuropäer vom hohen Ross derjenigen absteigen, die – ihres Wertekanons sicher – in einer Haltung der Bevormundung zu wissen meinen, was die Osteuropäer zu tun und was sie zu lassen haben, und dies, obschon sie mit Blick auf Osteuropa die notwendige Expertise und vor allem Bildung nur zu oft nicht besitzen. Es sollte stets bedacht werden, was an sich selbstverständlich ist, aber nur allzu häufig vergessen wird: Die Menschen in Osteuropa sind über die letzten tausend Jahre anders sozialisiert worden als die Westeuropäer, mit Auswirkungen auf die heutige Lage, die kaum zu überschätzen sind: Selbst Werte wie etwa Toleranz und Solidarität können im Osten Europas anders verstanden werden als im Westen. In dieser Perspektive ist es unerlässlich, sich in Seelenlage wie geschichtliche Prägungen der Menschen in Osteuropa zu versetzen, weil man nur so deren Aktionen und Reaktionen verstehen kann.

Eine solche Forderung wird in Westeuropa mit Blick auf die Menschen in Russland ständig erhoben – zu Recht. Entsprechende Forderungen mit Blick auf die Osteuropäer dagegen werden im Westen des alten Kontinents in der Regel gar nicht erst gestellt; und wenn doch, werden sie häufig

zurückgewiesen, obwohl sie nicht weniger berechtigt sind als im Falle Russlands. Die Menschen in Osteuropa haben ihre spezifischen Erfahrungen. Sie sind zu respektieren, auch und gerade dann, wenn die Osteuropäer ihren Miteuropäern im Westen diese Erfahrungen vermitteln wollen. An diesem Respekt fehlt es häufig. So empfinden die Osteuropäer, wie auf den Konsultationen deutlich wurde, es als schmerzhaft, ja als kränkend, wenn ihre stetigen Warnungen vor der Entwicklung in Russland in Westeuropa und insbesondere in Brüssel als historisch bedingte Überempfindlichkeiten abqualifiziert und damit als zu vernachlässigen abgetan werden. Diese und andere schädlichen Entwicklungen können vermieden werden, wenn man nur einen Dialog mit den Osteuropäern führen würde, der diesen Namen verdient. Und das heißt eben auch: wenn man ihnen zuhört – als gleichberechtigten Partnern. Und es heißt auch, dass man die Differenzen, die im Rahmen eines solchen Dialoges naturgemäß auftauchen, mit der Bereitschaft zum Kompromiss überwindet.

Neu denken: Das heißt *drittens*, der gegenwärtig feststellbaren Tendenz entgegenzuwirken, Osteuropa allein unter geopolitischen Gesichtspunkten einzuordnen: als Pufferstaat, der Westeuropa vor Russland schützen soll. Eine solche Sichtweise ist fatal: weil sie Osteuropa ausgrenzt und ihm nicht gerecht wird. Dieselbe Wirkung hätten, sollten sie umgesetzt werden, die Gedanken über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Mit diesen und ähnlichen Konzepten wächst die Gefahr, dass sich die seit einiger Zeit zu konstatierende Ost-West-Spaltung in der Europäischen Union weiter vertieft. Es droht ein Europa der zwei Klassen. Als beschleunigendes Element kann hier die Flüchtlingskrise wirken: Sie schürt die Ängste der osteuropäischen Gesellschaften und trägt zugleich zu starken, gegen Osteuropa gerichteten Gefühlen in den westeuropäischen Gesellschaften bei.

Staat und Gesellschaft in Ost- wie Westeuropa müssen *viertens* – und hier beginnt das Neue Denken in Handeln umzuschlagen - ihre Hausaufgaben machen. Dies war auf den Charkiver Konsultationen der Tenor aller Aussagen, wo immer die Teilnehmer herstammten. Diese Forderung ist nur scheinbar banal. Letztlich liegt in ihr all das inbegriffen, was in der Tat getan werden muss. Zunächst geht es um die Einhegung der militärischen Gefahr und richtet sich vor allem an die NATO: Es braucht eine wesentliche gemeinsame Anstrengung ihrer Mitglieder in allen Bereichen, auch und gerade im Bereich der Cybersicherheit, um Verteidigungsfähigkeit wiederzuerlangen, wo sie verloren gegangen ist. Nur so kann die innere Kraft zum Widerstand gestärkt werden, die unterdessen brüchig geworden ist. Dabei sollten die Liberalen den von ihnen seit geraumer Zeit vertretenen Gedanken einer europäischen Armee mit Nachdruck verfolgen, dies um so mehr, als der französische Präsident in dieser Hinsicht bereits konkrete Vorstellungen vertritt. Darüber hinaus ist die EU gefordert, ihr Engagement in Osteuropa, insbesondere auf dem Balkan und in der Ukraine, zu verstärken, auch und gerade mit Blick auf die sicherheitspolitische Bedeutung der Region.

Schließlich sollten die Liberalen in West- wie Osteuropa – auch das gehört zu ihren Hausaufgaben - konkrete Vorhaben ins Werk setzen, mit denen den Osteuropäern deutlich gemacht werden kann, dass das gemeinsame Europa ihnen ebenso konkrete Vorteile bringt. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt. Wo etwa, um nur die Richtung anzudeuten, bleibt das Projekt für die berufliche Aus- und Fortbildung für die junge Generation aus den osteuropäischen Gesellschaften, die unter einem Mangel an Arbeit leiden? Wo die Vermittlung von Facharbeitern aus Osteuropa in die Länder der EU, in denen sie gebraucht werden? Diese und andere, nicht minder notwendige Projekte sind zum einen geeignet, den Menschen zu nützen; zum andern tragen sie dazu bei, das politische Bewusstsein der Osteuropäer in einer Weise zu formen, die der gemeinsamen europäischen Sache und damit der Sicherheit Osteuropas nur dienen kann.

Vor allem aber geht es darum, die wesentliche Erkenntnis des Charkiver Treffens umzusetzen, gleichsam seine Lehre: Sicherheit liegt letztlich in der Legitimation von Staat und Gesellschaft, in ihrer Tragfähigkeit. Diese ihrerseits gründet im Erfolg des Staates, in guter Regierungsführung und sachgemäßer Verwaltung. Dementsprechend lautet die politische Agenda für die liberalen Kräfte in Osteuropa: die Forderungen der Verfassung erfüllen, den Rechtsstaat wie den Sozialstaat umsetzen, den täglichen Kampf mit den Feinden der offenen Gesellschaft führen. Letztlich sind es die Mühen der Ebene, die verstanden und bestanden werden müssen.

Fünftens schließlich sollten die Liberalen in Ost- wie Westeuropa sich darüber Rechenschaft ablegen, wer ihnen an ihrer Ostgrenze in Gestalt Russlands gegenübersteht, was das System Putin ausmacht, was es für Ziele verfolgt. Nur unter dieser Voraussetzung können die Europäer, ihre Eliten wie ihre Bürger, überhaupt erkennen, dass der Kreml gegenwärtig bereits einen hybriden Krieg gegen Europa und den als Feind verstandenen Westen führt; nur so kann diesem Angriff begegnet werden. Eindringliche Worte richteten in diesem Kontext die Vertreter aus den Staaten an die Teilnehmer der Konsultationen, die in ihrer Geschichte die tiefsten Erfahrungen mit ihrem jetzigen Nachbarn Russland gemacht haben: Ukraine, Estland, Georgien. Wer über die Sicherheit Osteuropas nachdenken wolle, müsse sich zunächst eine klare Vorstellung von Russland und seinen Eliten verschaffen. Und wenn man sich in Europa vor die Notwendigkeit gestellt sehe, Widerstand zu leisten, komme es weniger auf Waffen an als auf den Willen. Einer der führenden Politiker Estlands zitierte Perikles: »Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut.«

Die Quintessenz der Charkiver Konsultationen liegt in der Mahnung, die mehrere Teilnehmern des Treffens aussprachen: Es ist ein Gebot sinnvoller Sicherheitspolitik, die eigenen Werte nicht nur im Munde zu führen; sie müssen auch gelebt, stets im konkreten Fall umgesetzt werden, im Inneren wie im Verhältnis nach außen. Diese auch an die deutschen Liberalen gerichtete Mahnung ist um so angebrachter, als Deutschland als Macht in der Mitte Europas eine besondere Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union trägt: Die Deutschen müssen West- und Osteuropa zusammenhalten und den zuletzt deutlich angewachsenen Zentrifugalkräften entgegenwirken. Die deutschen Liberalen sind damit aufgefordert, mit allen Kräften dafür einzutreten, dass Deutschland wie die Europäische Union in die Stabilität Osteuropas und damit in die Sicherheit Europas investieren.

Dr. Falk Bomsdorf, ehemaliger Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Russland.